

einem klaren Ja beantworten zu können, freilich hinterließen und hinterlassen gesamtgesellschaftliche Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts – wie etwa der dramatische Säkularisierungsprozess der vergangenen Jahrzehnte – auch in Ravensburg ihre Spuren.

Die reichhaltige, überwiegend farbige und souverän beschriftete Bebilderung veranschaulicht die mit sorgfältigen wissenschaftlichen Anmerkungsapparaten versehenen Einzelaufsätze und trägt zum positiven Gesamteindruck des Bandes bei. Auch einzelne Flüchtigkeitsfehler, wie sie Herausgeber und Autoren durchaus – mit auffälligen Häufungen an einigen Stellen – unterlaufen sind, können diesen nur unwesentlich beeinträchtigen. Die bei einer ansprechenden Aufmachung preislich dennoch gut erschwingliche Veröffentlichung zieht gleichermaßen ein Fazit der bisherigen verdienstvollen Forschung zum Zusammenleben der Konfessionen in Ravensburg, wie sie Perspektiven für künftige Arbeiten eröffnet. Sie ist damit ein durchweg gelungener Beitrag zum Jubiläum von 2005. Es bleibt zu hoffen, dass von ihr Impulse für eine intensiviertere und nachhaltige Beschäftigung mit der so interessanten und vielschichtigen Konfessionsgeschichte Ravensburgs ausgehen, in der es trotz intensiver Vorarbeiten noch vieles zu erforschen gibt. *Paul Warmbrunn*

PETER EITEL: Ravensburg im 19. und 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Bevölkerung – Kirche – Kultur – Alltag, hg. v. Stadt Ravensburg. Ostfildern: Jan Thorbecke 2004. 429 S., zahlr. farb. u. s/w Abb., 1 Beilage. Geb. € 29,90.

In bewusstem Rekurs auf die 1972 erschienene zweibändige Chronik seines Vorgängers Alfons Dreher führt Peter Eitel, Stadtarchivar in Ravensburg von 1973 bis 1998, die stadthistorischen Forschungen der ehemaligen Reichsstadt fort. In acht Kapiteln wird die Zeit zwischen 1800 und 2000 chronologisch behandelt und jeweils den Veränderungen in Politik, Wirtschaft, Fürsorge, Kultur, Kirchen und Konfession nachgespürt. Dem letzten Kapitel (1966–2000) setzt Eitel eine Vorbemerkung voraus, in der er auf die Vorläufigkeit des Dargestellten hinweist. Der Band umfasst ein kurzes Orts- und Personenregister, 51 Tabellen und Diagramme und eine Beilage, in der die bauliche Entwicklung der Stadt dargestellt ist.

Das erste Kapitel beschreibt die letzten Jahre der Reichsstadt und die Zeit unter bayerischer Herrschaft. Dem folgt im zweiten Teil die Epoche 1810 bis 1870, in der sich Ravensburg zu einer württembergischen Oberamtsstadt entwickelt. Von den bislang »regierenden« Stadtvätern schmerzlich als Verlust der »Reichsstadtherrlichkeit« empfunden, zeigen die folgenden Jahrzehnte, dass der politische Wandel durchaus Entwicklungspotenziale in sich birgt: Wahlreformen – darunter die Aufgabe der konfessionellen Parität – brechen Machtstrukturen auf, neue Verfassungen geben mehr Menschen Mitbestimmungsrechte, infrastrukturelle Maßnahmen (Eisenbahn- und Straßenbau) erleichtern die Ansiedlung und machen die Stadt zu einem wichtigen Wirtschaftszentrum im »Oberland«. Eine neue bürgerschaftliche Kultur manifestiert sich seit der Jahrhundertmitte vor allem in Vereinen. Auch der katholische Bevölkerungsanteil, der sich nach 1840 vom »evangelischen Württemberg« besonders unterdrückt fühlt, findet hier neue Betätigungsfelder. In den vierziger Jahren gelingt es ultramontanen Kräften, auch die Ravensburger Katholiken für sich einzunehmen, wodurch das Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken belastet wird.

Das Kaiserreich bindet die Stadt in noch größere Zusammenhänge ein. Die wirtschaftliche und technische Entwicklung (Maschinenbau) und der Zuzug mehrheitlich katholischer Bürgerinnen und Bürger wandelt die Sozialstruktur (Arbeiterschaft) und die politische Orientierung (Sozialdemokratie, Zentrum). Das Schul- und Fürsorgewesen wird gemäß württembergischer Vorgaben ausgebaut.

Im Ersten Weltkrieg wird die Stadt zwar vor materieller Zerstörung bewahrt, doch der Tod von etwa 400 Ravensburgern sowie jahrelange Mangelereifahrungen – bis in die dreißiger Jahre hinein – verändern die Denkmuster. Zwar bleibt 1933 die Zustimmung der Ravensburger Wählerinnen und Wähler zur NSDAP geringer als im Reich und das Zentrum noch stärkste Kraft. Doch schon 1932 kommt es auch hier – etwa bei der Wahl zum neuen Oberbürgermeister – zu Gleichschaltungstendenzen. Trotz wachsendem Kirchenbesuch der Christen und des Widerstands katholischer Jugendverbände gelingt es der NSDAP in den folgenden Jahren, viele Ravensburger für sich zu gewinnen. Juden und Sinti werden verfolgt und getötet. In den Fabriken der Stadt arbeiten 1942 über 700 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.



Der Wiederaufbau geschieht auch in Ravensburg rasch. Auf konfessioneller Ebene setzt sich die Entwicklung des 19. Jahrhunderts fort: Der katholische Bevölkerungsanteil wächst zunächst kontinuierlich (1803: 51 % 1900: ca. 80 %) und geht seit 1950 (75 %) zurück. Am Ende des 20. Jahrhunderts belegt der weiter abnehmende Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung – knapp 60 Prozent Katholiken und 20 Prozent Protestanten –, dass Säkularisierung und die Zunahme alternativer religiöser Orientierungen die konfessionelle Verteilung auch künftig verändern werden.

Die Stadt Ravensburg ist zu ihrer Entscheidung zu beglückwünschen, die reichen Kenntnisse ihres Stadtarchivars für diesen Überblick über 200 Jahre Stadtgeschichte genutzt zu haben. Dies umso mehr, als damit ein Denken überwunden wurde, das Forschungen vornehmlich zum 19. Jahrhundert oft verzögert hatte: Die Überzeugung, dass es nach dem Verlust des Reichsstadtstatus keine bedeutende Stadtgeschichte mehr geben könne. Das Werk belegt vielmehr, dass Ravensburg auch nach 1803 in vielfältiger Form aktiv von innen gestaltet und gesteuert wurde.

Peter Eitel beantwortet in diesem gelungenen und reich ausgestatteten Werk viele grundsätzliche Fragen. Gleichzeitig entstehen mit ihm neue Fragen und damit das Bedürfnis nach weiterer historischer Forschung. Alfred Lutz hat kürzlich zwar eine wichtige und auf breiter Quellenforschung beruhende Dissertation vorgelegt, die die Jahre 1810 bis 1847 thematisiert; Trotzdem ist der Stadt Ravensburg zu wünschen, dass sie auch in Zukunft die Entstehung (mikro-) historischer Studien – aus dem Bereich der Mentalitäts- und Sozialgeschichte, sowie aus der Religions- und Konfessionsgeschichte – unterstützt.

*Maria E. Gründig*

Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern. Erster Band: Das Erste und Zweite Staatssekretariat Schmid 1945–1947, bearb. v. FRANK RABERG (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, hg. v. der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Bd. 1, III. Teil). Stuttgart: W. Kohlhammer 2004. CXXII S., 546 S. Geb. € 48,-.

Im Gegensatz zu den Amerikanern, die in ihrer Besatzungszone auf einen Aufbau von unten nach oben setzten und relativ rasch Kompetenzen auf deutsche Entscheidungsträger übertrugen, vollzog sich der demokratische Neuaufbau in der französischen Zone in althergebrachten Bahnen von oben – mittels einer provisorischen Landesregierung, der Landräte und der Gemeindeverwaltungen – nach unten. Denn beim gesellschaftlichen Neuaufbau nach 1945 griff die französische Militärregierung, von der eigenen zentralistischen Verwaltungstradition geprägt, auf das vertraute Mittel staatlicher Lenkung zurück. Dies zeigen unter anderem die vergleichsweise langwierigen Parteilizenzierungsverfahren, die späten zonalen Wahlen und der Aufbau der Kommunalverwaltung mit einem von der Regierung bestellten Landrat.

In Württemberg kamen diese Maßnahmen im Südteil des Landes zur Anwendung, aus dem durch die Fügungen der militärischen Besetzung Süddeutschlands 1945 das »Land des Zufalls« (Carlo Schmid), Württemberg-Hohenzollern, hervorging. Dabei wurden 15 südwürttembergische Landkreise um die Hohenzollerischen Lande, bestehend aus dem preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen mit den Landkreisen Hechingen und Sigmaringen, und um den bayerischen Kreis Lindau erweitert. Die Arbeit der unter französischer Ägide arbeitenden Exekutive vor der Gründung des Landes Württemberg-Hohenzollern behandelt das vorliegende Werk. Es gliedert sich in zwei Blöcke, einen Einführungs- und einen Quellenteil.

Der Quellenteil setzt mit der Installierung des Staatssekretariats und der ersten Sitzung der sechs Landesdirektoren am 16. Oktober 1945 ein, die unter Aufsicht des französischen Landesgouverneurs Widmer im Tübinger Justizgebäude, dem Sitz der französischen Militärregierung, tagten und zusammen das Direktorium des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns stellten. Diese ungewöhnlichen Bezeichnungen waren der Teilung Württembergs in zwei Besatzungszonen unter verschiedenen alliierten Militärregierungen nach der Besetzung im Frühjahr 1945 geschuldet. Um die Verwaltungseinheit der beiden Landesteile nicht aufzugeben, hatten nach der Idee des französischen Obersten Niel die Stuttgarter Landesdirektoren Bevollmächtigte in den Südteil delegiert. Dieser erhielt so ein Staatssekretariat, keine Regierung, das für die in Stuttgart amtierende gesamtwürttembergische Landesverwaltung